

 rowohlt repertoire

Leseprobe aus:

Daniela Dahn

# Vertreibung ins Paradies

Unzeitgemäße Texte zur Zeit

Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf  
[www.rowohlt.de/repertoire](http://www.rowohlt.de/repertoire)

# Inhalt

Was nun nicht zusammenwächst, gehört nicht zusammen 9  
*Eine Einstimmung*

Unbesiegbares Denkmal 18

Wir Zettelfalter 21

Das fossilierte Geheimnis 37

Er zeigt nicht die genügende Subordination 39  
*Eine Ausreiser-Karriere*

Zwiegespräch 54

Mauer durch Kopf und Herz 57  
*Diagnosen vom west-östlichen Divan*

Ende schlecht, alles schlecht 66

Wer will reden? 68

40 Jahre Traum haben eben nicht gereicht 70

Sozusagen 74

Über kulturlose Versuche kultureller Vereinheitlichung 76  
*Anpassungszwänge im Beitrittsgebiet*

Ein Tabu bei West-Frauen 87

Eine deutsche Straße? 90  
*Die Oranienburger in Berlin-Mitte*

Unzeitgemäße Gedanken über ostdeutsche Identität 104

War die deutsche Vereinigung eine Sternstunde  
der Demokratie? 107

Viva Sant Marco 114

Mischt euch ein! 117  
*Rede zur Jugendweihe*

Der Osten muß nicht dankbar sein 122

Volksherrschaft 126  
*Plädoyer für den dritten Weg*

Wie ich zum Zensor wurde 130

Aus der Zuschauerdemokratie heraustreten 132  
*Antwort an die Kritiker der Erfurter Erklärung*

Im Westen was Neues? 139  
*Impressionen von einer Lesereise*

Thesen zur inneren Uneinigkeit 146

Und sie bewegt sich doch? 156

Nur Unfreie verzichten freiwillig  
auf die sozialen Menschenrechte 159

Wut tut gut! 169

Der Waschzwang des Staates oder  
Wem gehört die Gauck-Behörde? 171

Eine beispiellose Tragödie? 188  
*Zum neuen Urteil über die alten Waldheim-Prozesse*

Der Teufelskreis der Geschichte 201  
*Ein Plädoyer für Michael Kohlhaas*

Die jähren Wendungen 205

Nachweise 206

# Was nun nicht zusammenwächst, gehört nicht zusammen

Eine Einstimmung

Das berühmte Zitat von Willy Brandt wird immer verkürzt, also entstellt wiedergegeben. In Wirklichkeit hat er am 4. Oktober 1990 bei der ersten gemeinsamen Debatte von West- und Ostdeutschen im Bundestag gesagt: «Die wirtschaftliche Aufforstung und die soziale Absicherung liegen nicht außerhalb unseres Leistungsvermögens. Die Überbrückung geistig-kultureller Hemmschwellen und seelischer Barrieren mag schwieriger sein. Aber *mit Takt und Respekt vor dem Selbstgefühl der bisher von uns getrennten Landsleute* wird es möglich sein, daß ohne entstellende Narben zusammenwächst, was zusammengehört.»

Ohne Takt und Respekt wird es also nicht möglich sein – und das ist es, was sich täglich bestätigt. Willy Brandt hatte kaum ausgedet, da gab Graf Lambsdorff in dieser angeblich gemeinsamen Debatte die Tonlage vor: «Wir haben die Früchte der Freiheit genossen und sie nicht. Wir sind in der Welt herumgekommen und sie nicht. Wir sind wohlhabend geworden – in der Mehrheit jedenfalls – und sie nicht. Wir haben uns Großzügigkeiten leisten können und sie nicht. Wir haben lesen, sagen, schreiben können, was wir wollten, und sie nicht.»

Die Schöpfer der Verträge gaben sich im Bundestag selbstzufrieden. Mit Blick auf die friedliche Revolution in der DDR frohlockte Wolfgang Schäuble: mit den Mitteln des «Rechts und der Verfassung wurde der revolutionäre Prozeß abgewickelt, gemeistert, auch beherrscht». *Abgewickelt* und *beherrscht* – diese Zustandsbeschreibung sollte schon bald das Grundgefühl der

meisten Ostdeutschen erfassen. Noch waren sie beeindruckt, wenn Schäuble ihnen zurief: «Wer einmal erlebt hat, wie die Rentenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht worden ist, der nimmt das Wort <soziale Errungenschaften des real existierenden Sozialismus> nicht mehr in den Mund ... Sie wissen, daß es schlechter als im Sozialismus gar nicht werden kann und daß es deswegen schon jetzt besser wird ... Ich bin sicher, daß der Prozeß der wirtschaftlichen und sozialen Gesundung der DDR schneller verlaufen wird, als manche heute glauben ... Die Einheit ist *weiß Gott* kein Ereignis der Verarmung, sondern ein Ereignis, bei dem sich Wohlstand und soziale Sicherheit nun endlich auch für die Menschen im anderen Teil Deutschlands erschließen.»

Gott weiß? Man durfte glauben, er erwarte uns im Paradies. Irren ist menschlich. Aber nicht jeder Mensch, der so irrt, wird wenig später als Bundeskanzler-Nachfolger gehandelt. Man konnte es damals schon besser wissen. Im Herbst 1990 waren die verheerenden Folgen der Währungsunion bereits deutlich spürbar, hatten Sachverständige aller Couleur prognostiziert, daß die Ex-DDR zum wirtschaftlichen Notstandsgebiet werden würde. Auch im Bundestag fielen Töne wie: «halsbrecherischer Einheits-Amoklauf», «dramatische Folgen einer Vereinigung von oben», «der Bundeskanzler hat die Einheit privatisiert», «Ermächtigungsgesetz», «die SPD winselt, zustimmen zu dürfen». In der Volkskammer war man jenseits der Festtagsreden ebenso ernüchtert: «Enteignungsvertrag», «Die Gestaltung der Einheit blieb denen vorbehalten, die in der BRD im Interesse des Kapitals an den Hebeln der Macht sitzen», «Der Beitritt markiert den Holzweg in ein noch nicht überschaubares Sorgental.»

Natürlich: über 80 Prozent in Ost und West wollten Einheit – aber Vorsicht, nicht diese. In der DDR sprachen sich über die Hälfte und in der BRD sogar eine Zweidrittelmehrheit dafür aus, sich Zeit zu lassen und gleichberechtigt aufeinander zuzugehen. Worunter die meisten den Weg über eine Konfödera-

tion verstanden (Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen, März 1990).

Als am 2. Oktober Rainer Ortleb (FDP) verkündete, gemeinsam hätten wir DDR-Bürger, vertreten durch unsere Volkskammer, mit dem Beitritt die Ausreise beantragt, da gab es auf beiden Seiten nicht wenige, die dies als *Diktatur der parlamentarischen Mehrheit* empfanden. (Eine Wendung, die Adenauer 1947 geprägt hatte). «Heute nacht reisen wir aus. Aber die Koffer brauchen nicht gepackt zu werden, denn wir bleiben zu Hause.»

Vertreibung? Nostalgie heißt zunächst einfach *Heimweh*. Wer nostalgisch ist, fühlt sich nicht heimisch. Statt ihm daraus einen Vorwurf zu machen, wäre es angebrachter, nach den Ursachen zu fragen. In Rußland, so hieß es unlängst in einer Korrespondenz aus Moskau, wünschten sich zwei Drittel die Sowjetunion zurück. Soweit sind wir hier ja nun nicht. Welche DDR sollte man auch wiederhaben wollen. Die vom 17. Juni 1953 vielleicht? Oder die vom 21. August 1968? Oder die vom 17. November 1976? Etwa die vom Herbst 1989? Die schon eher. Auch ich spüre Wehmut, wenn ich an die heitere Souveränität dieser Wochen denke, an die mutige Entschlossenheit, auch an die witzige Naivität, den solidarischen Zusammenhalt, die emanzipatorischen Ansätze, die basisdemokratischen Entwürfe, die verpaßte Chance, zum ersten Mal Volkseigentum mit Demokratie kombinieren zu können ... Die abgewinkelte Revolution. Der konservative Rückwärtsgang der Geschichte.

Mit dem Wissen von heute ins Frühjahr 1989 zurück – ob dies eine Mehrheit gutheißen würde? Müßig. Vielleicht würden wir es nur deshalb wollen, weil wir damals jünger waren. Der ärgerliche (wenn auch menschliche) Teil der Nostalgie ist die Verklärung (die doch oft nur spiegelbildlich die Dämonisierung aufhellt). Wenn uns übrigens immer mal wieder vorgeschwärmt wird, wir könnten uns gar nicht vorstellen, wie angenehm, tolerant und wohlhabend diese Bundesrepublik in den siebziger und

achtziger Jahren war, dann lächeln wir nachsichtig über soviel Westalgie und glauben, es besser zu wissen.

Worin bestehen denn nun die «geistig-kulturellen Hemmschwellen, die seelischen Barrieren», die alle diagnostizieren, aber kaum jemand analysiert? Diese Differenzen werden wohl noch Generationen von Wissenschaftlern und Schriftstellern beschäftigen. Es hat ja etwas von Zwillingforschung – gleiche Herkunft, eng verwandt (deutsch), aber unter extrem verschiedenen Bedingungen aufgewachsen. Was ist dominanter, die Anlagen oder die Umwelteinflüsse? Neben vielen, eher allgemeinmenschlichen Gemeinsamkeiten, erweisen sich einige unterschiedliche Prägungen als erstaunlich stabil. Davon handeln die Texte dieses Buches.

Ein markanter Unterschied hat sich inzwischen herumgesprochen: Der Mehrheit der Ostdeutschen ist die soziale Chancengleichheit ein höherer Wert als die Freiheit, für die Westdeutschen ist es umgekehrt. Oder anders ausgedrückt: Die einen fühlen sich bei starken sozialen Spannungen unfrei, die anderen offenbar nicht. Das läßt auf ein sehr unterschiedliches Verständnis von Menschenrechten schließen. Während man von der Existenz der auch von der Bundesrepublik ratifizierten sozialen Menschenrechte im Westen kaum etwas weiß, haben sie für drei Viertel der Ostdeutschen, darunter viele Intellektuelle und Politiker, einen primären Stellenwert. Das mag damit zusammenhängen, daß man sich im Westen auf Arbeitslosigkeit von klein auf innerlich einstellen konnte, während sie im Osten über Nacht zu einem Dilemma wurde, das nur als Kulturschock zu beschreiben ist. Das von der UNO proklamierte *Recht auf Arbeit* war in den realsozialistischen Ländern zwar nicht einklagbar, da es keine Verfassungsgerichtsbarkeit gab, aber es war in der Praxis zu 99,9 Prozent garantiert. Und das hatte eine emanzipatorische Wirkung, die man sich im Westen offenbar nicht recht vorstellen kann. Wir kommen aus einer anderen Kultur. Ich komme in den Texten dieses Buches darauf zurück.

Kopfschüttelnd lese ich (*Berliner Zeitung* vom 3. 12. 1997), daß der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bundeslandwirtschaftsminister Borchert, sich in einem Brief an die evangelischen Pfarrer dagegen ausspricht, die sozialen Rechte als universelle Menschenrechte zu akzeptieren, weil dies den Menschenrechtsbegriff «relativiert, nivelliert und schließlich aushöhlt». Nicht verhandelbar seien die Rechte, die die Würde des Menschen sowie die Freiheit des Gedankens und der Religion garantierten. Der Herr Minister kann sich offenbar nicht vorstellen, daß nicht gebraucht zu werden, ausrangiert zu sein, ein erheblicher Eingriff in die Würde ist.

Immer mehr bestätigt sich, daß beide Arten von Grundrechten unteilbar sind, nicht mehr oder weniger wichtig – daß aber die einen ohne die anderen erheblich entwertet werden. Wegen des Fehlens der freiheitlichen Rechte ist der Realsozialismus gescheitert, und wegen der Nichterfüllung der sozialen Menschenrechte wird vermutlich der Realkapitalismus kollabieren.

Die Ostdeutschen, so will mir scheinen, haben ein deutlicheres Gespür für die Achillesferse dieser Gesellschaft: Der Staat kann Arbeit nur garantieren, wenn er selbst Unternehmer ist, wenn also Volkseigentum herrscht. Deshalb, so sagt man, ist das Menschenrecht auf Arbeit im System der freien Marktwirtschaft nicht realisierbar. Daraus ergeben sich nur zwei mögliche Schlußfolgerungen: Entweder ist das Menschenrecht falsch (und muß geändert werden), oder das System.

Diesen unauflöslichen Widerspruch zu thematisieren, scheuen selbst die verdienstvollsten westlichen Menschenrechtsorganisationen wie der Teufel das Weihwasser. Für Ostdeutsche ist das weniger schmerzvoll, denn sie sind nicht in dem Dogma aufgewachsen, daß Gemeineigentum und Freiheit einander ein für allemal ausschließen. Ganz im Gegenteil, die Vorstellung, daß Grund und Boden, Großindustrie und Banken vergesellschaftet sein müssen, war oft das einzige, worauf sich alle, auch die noch so verschiedenen Intellektuellen, problemlos einigen



konnten. Es war das Konkrete in dem diffusen kommunistischen Ideal. Die DDR war nicht nur vom Antifaschismus geprägt, sondern auch von dem Konsens, daß Gemeineigentum der eigentliche historische Fortschritt sei.

Daran ließ auch Rudolf Bahro keinen Zweifel, als er in seiner *Alternative* die Überwindung der realsozialistischen, *organisierten Verantwortungslosigkeit* durch eine Selbstverwaltung der gesamten Reproduktion forderte, in der die Aufhebung des Privateigentums die Versöhnung von Kultur und Natur bedeuten wird. In der Einleitung einer von ihm herausgegebenen Anthologie über Utopien schrieb Joachim Walther, das «Ideal des Kommunismus, das Reich der Freiheit, das aus den konkreten Kämpfen im Reich der Notwendigkeit hervorgehen wird» sei kein «ein für allemal festgeschriebener Gesetzestext, steht aber dennoch als feste Orientierung am Horizont ... Erste Schritte auf dem Weg dahin sind schon getan. Die Vergesellschaftung der Produktion in einem Teil der Welt ist ein solcher Schritt hin zur großen Gleichheit, der klassenlosen Zukunft.»<sup>1</sup>

Wenige Tage bevor im März 1990 eine Mehrheit der Ostdeutschen die «Allianz für Deutschland» wählte, stellte das Institut für sozialwissenschaftliche Forschung fest, daß 68 Prozent der DDR-Bürger für die Erhaltung des Volkseigentums waren. Und das, obwohl sie bekanntlich keine Verfügungsgewalt über ihr Eigentum hatten, das Ganze also nur eine halbe Sache war. Daß ihre Stimme für den Beitritt gegen das Volkseigentum verwendet werden würde, konnten sie sich offenbar nicht vorstellen.

Wenn eine Sache *so* nicht funktioniert hat, ist nicht bewiesen, daß sie *anders* nicht doch überzeugen könnte. Nach einem mißlungenen Test startet jeder Unternehmer einen neuen Versuch. Den Volkseigentümern ist dazu keine Zeit gelassen worden. Der vom *Bündnis 90* geforderte Volksentscheid über das Volkseigentum ist in Bonn schnell abgeblockt worden. Niemand würde das

1 Der Traum aller Träume, Utopien von Platon bis Morris, Berlin 1987.

bedauern, wenn es nun ohne Gemeineigentum funktionieren würde. Was bleibt, ist die Achillesferse.

Nachdem alle erlebt haben, was Privatisierung bedeutet, gibt es wenig Grund zu der Annahme, daß sich an der diffusen Sympathie für gemeinschaftliche Eigentumsformen allzuviel geändert hat. Auch wenn, unterstützt durch den Zeitgeist, keine öffentliche Verteidigung stattfindet, ist die Räuberei durch die Treuhand doch als starke Demütigung empfunden worden.

Manchmal werde ich von mitfühlenden Leuten im Westen gefragt, warum sich in meiner Generation so wenige gegen die neuen Zumutungen öffentlich wehren. Die einstigen Dissidenten, die heute siebzig und älter seien, hätten ihre Kämpfe gekämpft und ihre Schuldigkeit getan, aber wo blieben die Jüngeren, die doch in der DDR Mut und Widerspruchsgeist bewiesen haben?

Ich will die berechtigt Fragenden dann nicht enttäuschen, sage, bei mir seien sie mit diesem Vorwurf an der falschen Adresse, nenne drei, vier Namen von jüngeren Leuten, die sich doch immer wieder zu Wort melden. In Wirklichkeit weiß ich es besser. Längst habe ich Verstumme gefragt und von allen sehr ähnliche Antworten bekommen: Die DDR war mein Problem, sie hat mich trotz allem betroffen und interessiert, ihre utopische Potenz bewahrte bis zuletzt einen Impuls von «Verändern-wollen», sie war es zum Schluß wenigstens noch wert, abgelehnt oder auch gehaßt zu werden. Die BRD ist nicht mein Problem, sie langweilt mich, weil sie nichts mit mir zu tun hat. Sie läßt mich gleichgültig, weil ich nicht daran glaube, sie verändern zu können.

Diese Haltung kann ich gut nachfühlen. Ich beneide die derart zur Ruhe Gekommenen manchmal, weil ich so unbegabt dafür bin. Immer bilde ich mir ein, ich würde mir ins eigene Fleisch schneiden, wenn ich unter Bedingungen lebe und leide, die zu verändern ich keinen Versuch unternommen habe.

In der DDR hatten andere Leute dasselbe gelangweilte Gefühl. «Berührung (mit der Gesellschaft) ist nur eine Randerscheinung», hieß es in einem berühmten Gedicht aus dem Prenzlauer Berg. «Da geht es mir anders», entgegnete ich 1987. «Aus dem Berühren-Reiben-Anziehen-Abstoßen komme ich gar nicht heraus. Es scheint mir – für mich und, wie ich zu hoffen wage, auch für meine Kontrahenten – ein unvermeidbares, unverzichtbares Korrektiv der Lebenserfahrung.» So finde ich mich in einer Kontinuität, die es mir damals und heute nicht leicht macht, die ich mir nicht ausgesucht habe, sondern die eine von meinen Wünschen nur bedingt abhängige charakterliche Disposition mir abverlangt.

Liest man die hier vorliegenden Texte aus den letzten Jahren chronologisch, wird einem nicht entgehen, wie sich die Tonlage der Einmischungen allmählich verschärft, wie auch das Thema sich verlagert hat. Kreisten die Gedanken unmittelbar nach der Wende noch stark um die Verletzungen und eigenen Versäumnisse in der DDR, drängten sich unerwartet bald Vergleiche mit neuen Anpassungszwängen auf, bis schließlich die Kraft nur noch dazu reicht, sich gegen die unaufhörlichen Vereinnahmungen zu wehren.

Wer im Moment keine Geduld für solche Wandlungen hat, kann genausogut bei den aktuellsten Texten anfangen, das Buch also von hinten lesen. Wo immer Sie sich aber provoziert fühlen – bedenken Sie, daß Sie in mir noch eher einen Verbündeten haben als in den resigniert Schweigenden. Indem ich die Bundesrepublik kritisiere, nehme ich sie als verbesserungswürdig an.

Manchmal will es mir allerdings scheinen, als drohten die Herren im Himmel dieser vorgeblich christlichen Gesellschaft mit der *Warnung vor Ungehorsam* aus Psalm 95. Er scheint wie für uns geschrieben: «Vierzig Jahre hatte ich Mühe mit diesem Volk, und sprach: Es sind Leute, deren Herz immer den Irrweg will, und die meine Wege nicht lernen wollen. Daß ich schwur in meinem Zorn: Sie sollen nicht zu meiner Ruhe kommen.»

Wenn ich das vereinte Deutschland allen Ernstes ein Paradies nenne, fühlen sich manche veralbert, halten das für einen plumphen Scherz, man wisse doch, daß es auf Erden keins gäbe. Schon wieder so ein Mißverständnis. Im Garten Eden darf vom Baum der Erkenntnis nicht gegessen werden. Die Aufklärung kommt da nie vorbei. In Gottes Gunst gelangt nur, wer an seinem alleinigen Recht, über Gut und Böse zu befinden, nicht rüttelt.

Das Paradies ist eine einzige Zumutung.

# Unbesiegbares Denkmal (1991)

Hier entsorgt der Senat von Berlin deutsch-deutsche Geschichte im Rahmen einer Säuberungsaktion gegen Andersdenkende, lese ich auf einem großen Plakat, während die Arbeiter von der beauftragten Baufirma fluchen, weil ihnen beim Abtrennen des Lenin-Kopfes ihr teuerster Diamantbohrer zerbrochen ist. Schaulustige pilgern am Bauzaun entlang, die angepinnten Zettel entziffernd. Die Symbole des Militarismus stehen noch, klagt die Kreuzberger Liste. Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist es nur ein Schritt, zitiert jemand Napoleon, und ein anderer hat Brechts Gedicht «Die unbesieglige Inschrift» abgeschrieben. Die schöne Geschichte von dem Soldaten in einem italienischen Gefängnis, der mit Kopierstift «Hoch Lenin!» an die Zellenwand malt. Wie dann die Schrift trotz der Versuche, sie zu übertünchen, immer wieder durchscheint, bis man sie mit dem Messer aus- und damit einkratzt, woraufhin nur noch der Abriß der Gefängnismauer bleibt.

Ein beschlipster Jüngling von der Deutschen Volksunion erklärt einem Jüngling mit Ohrring und Leninmütze ganz ruhig, warum ein Mann, auf dessen Theorien sich der Verbrecher Stalin berufen konnte, hier nicht stehen darf. Solange ein Denkmal zum Denken anregt, hat es seinen Sinn, sagt darauf der mit der Mütze. Vor einem bunten Nylonzelt sitzt eine Mahnwache: Autonome, Punker, Anarchisten. Sie behaupten nicht, Lenins Werk zu kennen. Daß er den Kapitalismus als absterbend und parasitär bezeichnet hat, genügt ihnen. Wir bleiben bis zum letzten Stein, das sind wir ihm schuldig!

Brechts Gedicht im Ohr, das ständig anwesende Polizeiauto im Rücken und das Zelt vor Augen, ist mir plötzlich klar, was